

Das Strafverfahren wegen des Bombenanschlags über  
Würenlingen wird nicht wiederaufgenommen SEITE 14Die Grünen lancieren den Abstimmungskampf  
zur Fair-Food-Initiative SEITE 15

# «Ich hätte mich dem Gespräch nicht verweigert, verstehe es aber»

SP-Nationalrat Nussbaumer hätte sich einen Dialog über die flankierenden Massnahmen gewünscht

Er gehört zu jenen Sozialdemokraten, die Anpassungen bei der Umsetzung der flankierenden Massnahmen für möglich halten. Doch Eric Nussbaumer's Partei hat sich hinter die Gewerkschaften gestellt, die nicht darüber diskutieren wollen – und macht sich damit möglicherweise zur Totengräberin des Rahmenabkommens mit der EU.

Die SP als mögliche Verhinderin des Rahmenabkommens, gefällt Ihnen diese Rolle?

Ich bin mit Ihrer Analyse nicht einverstanden. Die SP ist die einzige Regierungspartei, die sich bereits vor knapp zwei Jah-



Eric Nussbaumer  
SP-Nationalrat

ren zum Rahmenabkommen bekannt hat, als andere noch haderten. Und wir haben dies am Mittwoch erneut getan.

Aber Ihre Partei stellt sich selbst gegen technische Anpassungen bei den flankierenden Massnahmen. Sie verhindert damit möglicherweise den Abschluss eines Rahmenabkommens.

Wie gesagt, wir sind nicht gegen das Rahmenabkommen. Wir haben nur grosses Verständnis für den Schritt der Gewerkschaften signalisiert. Anscheinend war die Einladung zu den Gesprächen so formuliert, dass die Gewerkschaften annehmen mussten, dass der Bundesrat mit gezinkten Karten spiele.

Die Gewerkschaften hätten trotzdem verhandelt und am Schluss über das Resultat entscheiden können.

Ich hätte mich dem Gespräch gestellt. Aber ich kann den Schritt der Gewerkschaften nachvollziehen.

Sie persönlich finden den Gesprächsabbruch also falsch?

Ich hätte das Gespräch nicht verweigert.

Ist es richtig, dass sich die SP in dieser Sache hinter die Gewerkschaften stellt? Zu einem so wichtigen Thema, das heute gross auf den Titelseiten aller Schweizer Zeitungen ist, sollte sich eine Regierungspartei äussern. Das hat die SP getan.

Aber die SP äussert sich nicht nur, sondern «trägt den Entscheid voll und ganz mit», wie es im Communiqué heisst.

Die SP versteht den Gesprächsabbruch. Denn unsere Position ist klar: Über den Lohnschutz wird nicht verhandelt. Das ist ja auch eine der roten Linien, die sich der Bundesrat im Verhandlungsmandat selbst auferlegt hat. Wenn er dies anscheinend mit einem schriftlichen Papier zur Disposition stellt, muss er sich über eine solche Reaktion der Gewerkschaften nicht wundern.

Also sind in Ihren Augen die beiden FDP-Bundesräte schuld am Eklat, wie dies die Gewerkschaften behauptet?

Es geht mir nicht um einzelne Personen. Die europapolitische Leistung des gesamten Bundesrats war in den letzten Monaten schlecht. Er agierte zu langsam, war sich uneinig und liess eine klare Führung in dieser Frage vermissen. Und natürlich hätte der Bundesrat die Sozialpartner früher einbeziehen sollen, wenn er das eigene Verhandlungsmandat nicht erfüllen kann.



Das Zeitfenster für eine Einigung zwischen der Schweiz und der EU wird immer kleiner.

ELISABETH GUENTHARD / KEYSTONE

Ist der Rahmenvertrag noch zu retten?

Diese Sommerübung ist misslungen. Aber das Verhandlungsmandat mit den roten Linien gibt es immer noch. Der Bundesrat muss nun in Brüssel hinstehen und klarmachen, dass die flankierenden Massnahmen beziehungsweise unser Entsendegesetz nicht in das institutionelle Rahmenabkommen gehören.

Dann braucht es aber ein Einlenken der EU in dieser Frage.

Die EU wird die verschiedenen Elemente der flankierenden Massnahmen sicher nicht vertraglich anerkennen. Daher könnte man die Fragen einfach aus dem Rahmenabkommen herausnehmen und die Umsetzung weiterhin im Gemischten Ausschuss optimieren. Die Entsendungen in die Schweiz funktionieren heute ja grundsätzlich.

Sie denken, die EU wird nachgeben?

Das weiss ich nicht. Das Zeitfenster für eine Einigung bis im Oktober, von dem in den letzten Monaten so oft die Rede war, ist eng. Ein Abschluss des Abkommens in den nächsten Wochen scheint mir schwierig. Das heisst vielleicht, dass die Verhandlungen erst in ein oder zwei Jahren weitergehen können, wenn die europäischen und die eidgenössischen

Wahlen vorbei sind und der Brexit vertraglich geregelt ist.

Das ist kein Problem?

Doch, das scheint mir problematisch. Ich bin für das Rahmenabkommen, weil es den bilateralen Weg sicherer macht. Wenn wir unsere Beziehung zur EU

«Wenn wir unsere Beziehung zur EU nicht erneuern, dann verlottert das Konstrukt.»

nicht erneuern, dann verlottert das Konstrukt. Und diese Erneuerung kann man nicht jahrelang aufschieben.

Sie plädieren für den bilateralen Weg. Aber die SP weckt mit ihrem Verhalten eher den Eindruck, als wolle sie ihn aufs Spiel setzen.

Überhaupt nicht. Wir stehen zum Rahmenabkommen als wichtigem Schritt zur

Fortführung des bilateralen Wegs. Und trotz dem Eklat gibt es weiterhin ein Verhandlungsmandat mit roten Linien, zu denen der Lohnschutz gehört. Der Bundesrat soll weiterverhandeln. Und wenn er mit der EU keine Einigung erzielt, muss er irgendwann hinstehen und sagen, dass er das Mandat nicht erfüllen kann.

Einen Teil dazu beigetragen hätte dann wohl auch das populistische Mittel der Gesprächsverweigerung.

Ich habe das Gespräch nicht verweigert. Zwar ist diese jüngste Wende nicht positiv, aber es ist der Bundesrat, der die Verantwortung für das Erfüllen des mehrfach bekräftigten Verhandlungsmandats hat.

Wie soll er das tun, wenn keine Gespräche mehr möglich sind?

Ganz generell muss es der Bundesrat in schwierigen Situationen schaffen, hinter verschlossenen Türen Gespräche zu führen. Er muss im kleinen Rahmen mit den Sozialpartnern eine Lösung erarbeiten können, ohne dass diese Gespräche am nächsten Tag in der Zeitung stehen. Doch im Unterschied zu früher kann dies der Bundesrat nicht mehr, wie die derzeitige Europapolitik zeigt. Das ist keine gute Entwicklung.

Interview: Lukas Mäder, Bern

## Brüssel: Ein Abschluss der Verhandlungen wird «nicht einfach»

(sda) · Die EU-Kommission mischt sich nicht in den Streit um die flankierenden Massnahmen ein. Eine Sprecherin stellt aber klar: Wer in der EU Geschäfte machen wolle, müsse sich an die Regeln halten.

Der Gesprächsboykott der Schweizer Gewerkschaften war am Donnerstag auch in Brüssel ein Thema. Gegenüber Journalisten liess Kommissionssprecherin Mina Andreeva durchblicken, dass die Entwicklung die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen nicht erleichtere. Es handle sich um einen internen Prozess, der völlig in der Hand der Schweiz sei, sagte sie. Die Kommission habe viel Zeit und Mühe in die Verhandlungen investiert und sei bereit, diese

weiterzuführen. Ein Abschluss werde aber «nicht einfach» sein.

Gegenüber der Agentur Keystone-SDA erläuterte die Sprecherin die Erwartungen der Kommission: Es gehe darum, die Regeln des Freizügigkeitsabkommens diskriminierungsfrei anzuwenden. Das wolle die EU-Kommission in den Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen erreichen. Die EU-Unternehmer stören sich insbesondere an der 8-Tage-Regel. Diese verpflichtet sie, Einsätze in der Schweiz mindestens acht Tage vorab anzumelden. Nach Ansicht der Kommission ist das diskriminierend und nicht regelkonform. Die Sprecherin stellte zwar fest, dass es

sich um eine Schweizer Gesetzgebung handle, in die sich die EU nicht einmische. Gleichzeitig betonte sie, dass das EU-Recht genügend Schutz vor Lohndumping biete. Der Druck auf die Schweiz ist hoch. Brüssel hat etwa die Schweizer Börsenregulierung nur befristet bis Ende 2018 als gleichwertig anerkannt. Ob sie verlängert wird, macht die EU von den Fortschritten in den Verhandlungen über das Rahmenabkommen abhängig. Die Kommission beobachte den gesamten politischen Rahmen, besonders aber den Verlauf der Verhandlungen, sagte Andreeva. Diese seien schwierig. Im Lauf des nächsten Monats seien deutliche Fortschritte notwendig.

## Valentin Vogt kritisiert Gewerkschaften

Die Gesprächsverweigerung beim Lohnschutz sei für die sozialpartnerschaftliche Kultur der Schweiz eine neue Dimension, sagt der Arbeitgeberpräsident.

TOBIAS GAFAFER

Das Vertrauen der Gewerkschaften in Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, aber auch in die Arbeitnehmer ist an einem Tiefpunkt angelangt. Dabei gilt die Sozialpartnerschaft in der Schweiz traditionell als unbestrittener Erfolgsfaktor. Valentin Vogt sieht die Erregung trotz dem geplatzten Dialog über die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit jedoch nicht infrage gestellt. «Die Sozialpartnerschaft wird in den Betrieben jeden Tag gelebt», sagt der Präsident des Arbeitgeberverbandes. Er räumt jedoch ein, dass sie auf Verbandsebene unter einem derartigen Eklat leide. Dass der Gewerkschaftsbund (SGB) die Gespräche boykottiere, sei für die sozialpartnerschaftliche Kultur der Schweiz eine neue Dimension. «Das haben wir so noch nie gesehen.»

### Vorwürfe zurückgewiesen

Valentin Vogt ist konsterniert und versteht nicht, dass die Gewerkschaften sich weigern, mit den Arbeitgebern und dem Bund an einen Tisch zu sitzen. Er verteidigt Schneider-Ammanns Vorgehen. Die Einladung an die Sozialpartner hat er anders interpretiert als der SGB. Der Bundesrat habe klar formuliert, dass der bestehende Lohnschutz in der Schweiz weder aus- noch abgebaut werden solle, sagt Vogt. Stattdessen gehe es darum, abzuklären, ob die Ziele der flankierenden Massnahmen auch auf anderen Wegen erreicht werden könnten. Auf eine Art und Weise, die eher EU-kompatibel wäre. Schneider-Ammann habe ebenfalls festgehalten, dass die entsprechende Schweizer Gesetzgebung eigenständig bleiben solle. «Man kann überall etwas hineininterpretieren», sagt Vogt zu den Vorwürfen des SGB.

Die technischen Gespräche über die flankierenden Massnahmen haben nun trotz der Absage der Gewerkschaften wie geplant begonnen. Von den Sozialpartnern ist mit dem Arbeitgeber- und Gewerbeverband aber nur die eine Seite beteiligt. Das macht gemäss Vogt dennoch Sinn. «Wir haben gemeinsam auch ein gutes Gespür, was in der Schweiz mehrheitsfähig wäre und was nicht.» Er hofft, dass die Gewerkschaften ihren Entscheid nochmals überdenken und an den Verhandlungstisch zurückkehren. Dies bleibt jedoch unwahrscheinlich. Ohne Gesichtverlust kann der SGB nicht mehr zurückkriechen. Schon im Juni hat Präsident Paul Rechsteiner gegenüber der NZZ angekündigt, das Referendum gegen eine Aufweichung der Flankierenden zu ergreifen.

### Zweite Säule sichern

Die Eklat vom Mittwoch ist für ein anderes schwieriges Unterfangen kein gutes Zeichen. Die Sozialpartner sollen nach dem Scheitern der Rentenreform zusammen eine Lösung für die zweite Säule finden. Ungeachtet der geplatzten Gespräche über die flankierenden Massnahmen gibt sich Vogt zuversichtlich. Er verweist auf die Revision des Unfallversicherungsgesetzes, bei der sich die Arbeitnehmer und Arbeitgeber verständigten. Die Materie sei ungleich komplexer gewesen als die berufliche Vorsorge, sagt er. «Bis jetzt reden wir miteinander, die Gewerkschaften verweigern das Gespräch nicht.» Ziel bleibe, bis im Frühling 2019 einen Vorschlag zur zweiten Säule zu präsentieren.